

Kompendien

für Studium, Praxis und Fortbildung

Annegret Lorenz

Zivil- und familienrechtliche Grundlagen der Sozialen Arbeit

Ein Studienbuch

4. Auflage



Nomos

Kompendien

für Studium, Praxis und Fortbildung

Annegret Lorenz

Zivil- und familienrechtliche Grundlagen der Sozialen Arbeit

Ein Studienbuch

4. Auflage



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-8692-3 (Print)

ISBN 978-3-7489-3086-0 (ePDF)

4. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

*Für
Steffen und Paul*

Vorwort

Rechtskenntnisse gehören im Alltag der Sozialen Arbeit mit zu den grundlegenden Beratungskompetenzen. Dies erfordert nicht nur Rechts- und Strukturwissen, sondern auch die Fähigkeit, komplexe Sachverhalte zu bewerten und Handlungsoptionen aufzuzeigen.

Beide Bedürfnisse nimmt dieses Lehrbuch in den Blick. Im Fokus der Darstellung steht daher nicht allein die bloße Vermittlung von Rechtswissen. Die durchgehende Einbettung des Rechtswissens in die praktische Fallarbeit möchte Studierenden der Sozialen Arbeit zugleich den Transfer des Rechtswissens in die praktische Beratungsarbeit ermöglichen. Dies erfordert nicht zuletzt ein Verständnis für rechtsübergreifende Zusammenhänge zwischen Zivil- und öffentlichem Recht. Dies ist vor allem im Familienrecht unübersehbar, das auf Grund seiner engen Verzahnung mit dem öffentlichen Kinder- und Jugendhilferecht – gerade in der praktischen Fallarbeit – kaum getrennt von diesem gedacht werden kann.

Beide Rechtsbereiche folgen gleichwohl sehr unterschiedlichen Regeln, die für sich verstanden werden wollen. Aus diesem Grunde beschränkt sich das vorliegende Studienbuch auf die zivilrechtlichen Grundlagen der Sozialen Arbeit: In diesem Rahmen werden zum einen die für die Soziale Arbeit bedeutsamen allgemeinen zivilrechtlichen Grundlagen behandelt. Daneben wird das Familienrecht einschließlich dem Betreuungs- und Unterhaltsrecht – als Kernbereiche der Ausbildung – eingehend dargestellt. Gleichwohl unternimmt das Lehrbuch den Versuch, die Vernetzung zwischen Zivil- und öffentlichem Recht zu berücksichtigen und die Schnittstellen zwischen Familien- und öffentlichem Recht und deren unterschiedlichen Perspektiven und Logiken aufzuzeigen.

Die Neuauflage berücksichtigt den Stand der Rechtsprechung und Gesetzgebung bis November 2021 einschließlich der erst 2023 in Kraft tretenden Rechtsänderungen. Es waren insbesondere die Änderungen im Gefolge des Jugendstärkungsgesetzes, insbesondere die Etablierung der Dauerpflegschaft zu berücksichtigen (BGBII 2021, 1444), das Verbot geschlechtsangleichender Operationen durch das Gesetz zum Schutz von Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung (BGBI 2021, 1082) sowie – im Verfahrensrecht – die Neuausrichtung der Verfahrensbeistandschaft durch das Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder (BGBII 2021, 1810). Vor allem das Gesetz zur Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts (BGBII 2021, 882) hat zu erheblichen Änderungen in der Reihung der Normen geführt: Das vorliegende Werk stellt die ab Januar 2023 geltende Rechtslage dar, verweist aber dort, wo sich lediglich ohne inhaltliche Änderung die „Hausnummer“ geändert hat, auf die bis 31.12.2022 geltenden Normen.

Eine der größten Versuchungen bei jeder Überarbeitung ist es, es immer besser machen zu wollen: Die neuesten Ausdifferenzierungen der Rechtsprechung nachzuvollziehen, jede Diskussion aufzugreifen und zu vertiefen, ganz neue Aspekte mit aufzunehmen – im Regelfall zum Preis eines unaufhörlichen Anwachsens des Lehrbuches und unter Außerachtlassung der Bedürfnisse von Studierenden nach präzisiertem und handhabbarem Wissen. Die Überarbeitung ist daher von dem Bemühen getragen, dieser Versuchung zu widerstehen. Die Darstellung konzentriert sich auf das für Studierende der Sozialen Arbeit notwendige Wissen – unter Verzicht auf eine vertiefte Behandlung von Randbereichen und Spezialwissen.

Möge das Lehrbuch die Studierenden der Sozialen Arbeit in die (zivil-)rechtliche Welt einführen und sie gut durch die zivil- und familienrechtlichen Anteile des Studiums begleiten.

Einhausen, Dezember 2021

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
Literaturempfehlungen	23
Teil I: Allgemeine Grundlagen	25
Kapitel 1: Recht und Rechte	25
I. Ein paar Grundbegriffe des Rechts – Worüber wir hier reden...	25
II. Rechtsquellen – Wo Recht her kommt...	26
III. Systematisierungen - ... und wie man sich darin orientieren kann	27
Kapitel 2: Die Arbeit mit dem Recht – Das juristische Handwerkszeug	30
I. Die juristische Methode	30
1. Die Rechtsanwendung (Subsumtion)	30
2. Die Herangehensweise an die Rechtsprüfung: Rechtsanalyse oder Anspruchsprüfung?	30
3. Die Anspruchsprüfung	31
a) Schritt 1: Die Rechtsfrage: Wer will was von wem ... - Der Prüf- gegenstand	31
b) Schritt 2: ... woraus? – Der Einstieg in die Anspruchsprüfung	31
c) Schritt 3: Die Subsumtion – Der Kern der Rechtsprüfung	33
d) Schritt 4: Ergebnis festhalten	33
e) Und wenn es komplexer wird	34
II. Die Gesetzesauslegung – wie dehnbar Begriffe sein können ...	34
1. Definitionen und unbestimmte Rechtsbegriffe – Ein bisschen juristi- sche Methodenlehre	34
2. Analogie	35
Teil II: Grundlagen des Zivilrechts	37
Kapitel 1: Grundlagen des Bürgerlichen Rechts	37
I. Überblick über das BGB	37
II. Rechtsfähigkeit – Der Mensch und andere Personen	37
1. Übungsfall 1	37
2. Begriff und Überblick	37
3. Natürliche Person	38
a) Beginn der Rechtsfähigkeit	38
b) Ende der Rechtsfähigkeit	39
4. Juristische Person	39
a) Begriff und Abgrenzung	39
b) Eingetragener Verein	40
c) Rechtsfähige Personengesellschaft	40
5. Lösungshinweise zum Übungsfall 1 (Rn 27)	41
Kapitel 2: Das rechtsgeschäftliche Handeln	42
I. Übungsfall 2	42
II. Überblick und Grundbegriffe der Rechtsgeschäftslehre	42
III. Die Willenserklärung – Das Herz eines Rechtsgeschäfts	43
1. Überblick	43
2. Der objektive Erklärungsstatbestand einer Willenserklärung	43

3.	Der subjektive Erklärungstatbestand einer Willenserklärung	44
a)	Handlungswille	44
b)	Erklärungswille	44
c)	Geschäftswille	46
4.	Die Auslegung von Willenserklärungen – Was ist gewollt?	46
5.	Irrtümer und andere Willensmängel	47
IV.	Sonstiges	48
1.	Arten und Wirksamwerden einer Willenserklärung	48
2.	Bedingungen und Befristungen – Eine Hintertür für Verbindlichkeiten	50
3.	Formvorschriften	50
V.	Der Vertrag	51
1.	Begriff und Überblick	51
2.	Angebot	51
3.	Annahme	52
4.	Inhaltsgleichheit von Angebot und Annahme	53
5.	Ungültige Rechtsgeschäfte – Was nicht vereinbart werden darf ...	53
VI.	Die Durchführung von Verträgen	54
1.	Haupt- und Nebenpflichten	54
2.	Vertragliche Schadensersatzansprüche	54
3.	Gesetzlich geregelte Verträge	55
a)	Allgemeines	55
b)	Austauschverhältnisse	55
c)	Überlassung einer Sache	56
d)	Tätigkeiten für andere	56
VII.	Die Vertretung – Handeln für andere	57
VIII.	Die Verjährung – Ein allgemeines Leistungsverweigerungsrecht	58
IX.	Prüfschema und Lösungshinweise zum Übungsfall 2	58
X.	Die Geschäftsfähigkeit – Kinder und andere „unmündige“ Personen	59
1.	Begriff und Überblick	59
2.	Einschränkungen der Geistestätigkeit	60
a)	Geschäftsunfähige (Volljährige)	60
b)	Punktuelle Störungen der Geistestätigkeit geschäftsfähiger Personen – Der „Aussetzer“	62
3.	Minderjährige	62
a)	Übungsfall 3	62
b)	Geschäftsunfähigkeit	63
c)	Beschränkte Geschäftsfähigkeit	63
d)	Haftungsbeschränkungen – Der Schutz des Kindes vor seinen Eltern	68
e)	Übersicht, Prüfschema und Lösungshinweise zum Übungsfall 3	68
XI.	Die Rückabwicklung fehlgeschlagener Verträge	70
Kapitel 3:	Unerlaubte Handlungen	71
I.	Die Haftung aus unerlaubter Handlung – Der Grundtatbestand der Haftung	72
1.	Übungsfall 4	72
2.	Objektiver Tatbestand der unerlaubten Handlung	72
a)	Rechtsgutsverletzung	72
b)	Geschützter Personenkreis	73
c)	Verletzungshandlung	74
d)	Schaden	74

Inhaltsverzeichnis	11
e) Kausalität	75
f) Die Haftung für Unterlassen	77
3. Rechtswidrigkeit	79
a) Notwehr	79
b) Notstand	80
c) Selbsthilfe	81
d) Einwilligung	81
4. Verantwortlichkeit	82
a) Verschulden	82
b) Verschuldensfähigkeit	83
5. Mitverschulden	84
6. Ein Sonderproblem: Dritte kompensieren den Schaden	85
7. Prüfschema und Lösungshinweise zum Übungsfall 4	86
II. Haftung für den Verrichtungsgehilfen	88
III. Die Aufsichtspflicht	88
1. Inhalt und Bedeutung der Aufsichtspflicht	88
a) Überblick	88
b) Aufsichtsbedürftige	88
c) Begründung der Aufsichtspflicht	88
d) Anforderungen der Aufsichtspflicht	89
2. Die Haftung des Aufsichtspflichtigen	91
a) Übungsfall 5	91
b) Konsequenzen von Aufsichtspflichtverletzungen	91
c) Die Haftung des Aufsichtspflichtigen für Schäden bei Dritten	91
d) Übersicht, Prüfschemata und Lösungshinweise zum Übungsfall 5	92
IV. Haftung aus Amtspflichtverletzung	94
V. Schädigermehrheit	95
VI. Unterlassung	95
Kapitel 4: Gewalt im sozialen Nahraum	96
I. Überblick	96
II. Der strafrechtliche Schutz	96
III. Der polizeirechtliche Schutz	97
IV. Der zivilrechtliche Schutz	98
1. Übungsfall 6	98
2. Überblick	98
3. Der Schutz des Gewaltschutzgesetzes	98
a) Überblick und Anwendungsbereich	98
b) Schutzanordnungen	100
c) Die Wohnungsüberlassung	102
4. Der allgemeine zivilrechtliche Schutz	104
5. Der eherechtliche Schutz	105
a) Der Schutzmechanismus	105
b) Tatbestandsvoraussetzungen	105
c) Zeitliche Fristen für die Geltendmachung des Anspruchs	107
d) Modalitäten der Zuweisung	107
6. Lösungshinweise zum Übungsfall 6 (Rn 160)	107

Teil III: Grundlagen des Familienrechts	109
Kapitel 1: Abstammungsrecht	109
I. Übungsfall 7	109
II. Begriffe und Bedeutung	109
III. Mutterschaft	111
IV. Vaterschaft	111
1. Überblick	111
2. Vaterschaft kraft Ehe	112
3. Vaterschaft kraft Anerkennung	112
a) Formale Erfordernisse	112
b) Inhaltliche Erfordernisse	115
4. Die Korrektur der Vaterschaftszurechnung	116
a) Überblick	116
b) Allgemeine Anfechtungsvoraussetzungen	117
c) Besonderheiten für Scheinvater und Mutter	119
d) Besonderheiten für den leiblichen Vater	119
e) Besonderheiten für das Kind	121
f) Der „fliegende“ Vaterschaftswechsel	122
5. Vaterschaft kraft gerichtlicher Feststellung	122
V. Prüfschema und Lösungshinweise zum Übungsfall 7	123
Kapitel 2: Elterliche Sorge	124
I. Grundlagen	124
1. Gegenstand und Bedeutung elterlicher Sorge	124
2. Strukturen elterlicher Sorge	125
a) Befugnisse	125
b) Personen- und Vermögenssorge	126
c) Tatsächliche und gesetzliche Sorge	127
II. Die Ausübung elterlicher Sorge	127
1. Übungsfall 8	127
2. Einführung	127
3. Die Erziehung des Kindes	128
a) Allgemeines	128
b) Das Wohl des Kindes als Richtschnur der Erziehung	128
c) Erziehungsziel	128
d) Leitlinien für die Erziehung	129
e) Durchsetzung gegenüber dem Kind	130
4. Grenzen elterlicher Sorge	130
a) Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit	130
b) Freiheitsentziehende Maßnahmen	132
c) Beschränkung der gesetzlichen Vertretungsmacht im Geschäftsverkehr	134
d) Teilmündigkeit des Minderjährigen	137
e) Öffentlich-rechtliche Beschränkungen	138
5. Lösungshinweise zum Übungsfall 8 (Rn 231)	138
III. Befugnisse gegenüber Dritten	139
1. Der deliktische Schutz des Elternrechts	139
2. Der Herausgabeanspruch	139
a) Übungsfall 9	139
b) Voraussetzungen	139

c) Lösungshinweise zum Übungsfall 9 (Rn 262)	141
3. Das Umgangsbestimmungsrecht	141
IV. Sonstige Rechtswirkungen des Eltern-Kind-Verhältnisses	142
1. Der Kindesname	142
2. Der Wohnsitz des Kindes	143
3. Allgemeine Rechtswirkungen des Eltern-Kind-Verhältnisses	143
V. Die Inhaber der elterlichen Sorge	144
1. Gemeinsame Sorge – Das Problem der Koordination zweier Sorgerechte	144
a) Übungsfall 10	144
b) Zusammenlebende Eltern	144
c) Getrennt lebende Eltern	146
d) Lösungshinweise zum Übungsfall 10 (Rn 276)	149
2. Die Aufhebung der gemeinsamen Sorge	149
a) Übungsfall 11	149
b) Überblick	150
c) Allgemeine Voraussetzungen der Aufhebung der gemeinsamen Sorge	150
d) Besondere Voraussetzungen der Sorgerechtsübertragung	151
e) Lösungshinweise zum Übungsfall 11 (Rn 292)	153
3. Nicht miteinander verheiratete Eltern	154
a) Überblick	154
b) Sorgeerklärungen	154
c) Eheschließung der Eltern	156
d) Gerichtliche Sorgerechtsübertragung	156
e) Der Wechsel von mütterlicher Alleinsorge zu väterlicher Alleinsorge	157
4. Die „neue“ Familie	158
a) Überblick	158
b) Das äußere Erscheinungsbild der Stieffamilie – Die Einbenennung	158
c) Die interne Gestaltung der Stieffamilie – Sorgerechtliche Befugnisse des Stiefelternteils	159
5. Prüfhinweise	159
VI. Das Umgangsrecht	160
1. Übungsfall 12	160
2. Überblick	160
3. Das Umgangsrecht zwischen Eltern und Kindern	160
a) Voraussetzungen des Umgangsrechts	160
b) Gerichtliche Entscheidungen über den Umgang	161
c) Die Wohlverhaltenspflicht	162
d) Der Auskunftsanspruch	163
e) Befugnisse des anderen Elternteils während des Umgangs	163
4. Das Umgangsrecht naher Verwandter und von Bezugspersonen des Kindes	163
5. Das Umgangsrecht des leiblichen Vaters	164
6. Lösungshinweise zum Übungsfall 12 (Rn 329)	165
VII. Exkurs: Die Rolle der Kinder- und Jugendhilfe	166
VIII. Die Beteiligung Dritter an der elterlichen Sorge	168
1. Übungsfall 13	168
2. Überblick	169

3.	Pflegeeltern	169
a)	Rechtliche Grundlagen für die Erziehung eines fremden Kindes	169
b)	Befugnisse der Pflegeeltern	171
c)	Sorgerecht für Pflegeeltern	172
d)	Der Schutz des Pflegeverhältnisses – Die Verbleibensanordnung	172
4.	Exkurs: Die Rolle der Kinder- und Jugendhilfe	174
a)	Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe	174
b)	Öffentlich-rechtlicher Kinderschutz	175
5.	Heim	175
6.	Lösungshinweise zum Übungsfall 13 (Rn 353)	176
IX.	Die „schlechten“ Eltern – Eingriffe in die elterliche Sorge	177
1.	Überblick	177
2.	Voraussetzungen des Eingriffs	178
a)	Kindeswohlgefährdung	178
b)	Untätigkeit der Eltern	179
3.	Folgen einer Kindeswohlgefährdung	180
a)	Die Entscheidung des Familiengerichts	180
b)	Sorgerechtliche Konsequenzen eines Eingriffs	182
c)	Und dann? – Die nachgehende Überprüfung gerichtlicher Entscheidungen	182
4.	Exkurs: Die Rolle der Kinder- und Jugendhilfe	183
X.	Der Ausfall eines Elternteils	185
1.	Übungsfall 14	185
2.	Ausfallgründe	185
a)	Überblick	185
b)	Tod	185
c)	Tatsächliche Verhinderung	185
d)	Ruhen der elterlichen Sorge	186
3.	Konsequenzen eines Sorgeausfalls	187
a)	Grundsatz	187
b)	Besonderheiten bei minderjährigen Eltern(teilen)	189
4.	Der Schutz des Kindes in seinen sozialen Beziehungen – Die Verbleibensanordnung	190
5.	Lösungshinweise zum Übungsfall 14	190
XI.	Das Kindschaftsverfahren	192
1.	Die Durchführung des Verfahrens	192
a)	Verfahrensordnung	192
b)	Einleitung des Verfahrens und zuständiges Gericht	192
c)	Verfahrensmaximen	192
d)	Die Entscheidung	193
e)	Die Durchsetzung der Entscheidung	193
f)	Vorläufige Regelungen	193
2.	Schutzmechanismen für das Kind	194
a)	Besondere Sachwalter des Kindeswohles	194
b)	Streitschlichtung	195
c)	Beschleunigung und Schutz vor Verfahrensverzögerungen	195
3.	Besonderheiten in einzelnen Verfahren	196
a)	Freiheitsentziehende Unterbringung und freiheitsentziehende Maßnahmen	196
b)	Begründung gemeinsamer Sorge bei unverheirateten Eltern	197

c) Umgangsrechtsverfahren	197
d) Kindeswohlgefährdung	197
4. Rechtsmittel	198
5. Überblick über Ablauf eines kindschaftsrechtlichen Verfahrens	199
Kapitel 3: Vormundschaft und Pflegschaft	199
I. Vormundschaft	200
1. Das Entstehen einer Vormundschaft - Wann es dazu kommt...	200
2. Die Person des Vormundes – Wer es macht	200
a) Die gesetzliche Amtsvormundschaft des Jugendamtes	200
b) Die bestellte Vormundschaft	200
3. Die Führung der Vormundschaft	202
a) Rechte des Mündels	202
b) Die Rechtsstellung des Vormundes gegenüber dem Mündel	203
c) Die gerichtliche Kontrolle und Unterstützung des Vormunds	204
4. Beendigung der Vormundschaft	204
II. Pflegschaft	204
1. Begriff und Arten	204
2. Die Minderjährigenpflegschaften	205
a) Überblick	205
b) Die Ergänzungspflegschaft	205
c) Pflegschaften zum Wohl des Kindes	206
Kapitel 4: Adoption	207
I. Die Minderjährigenadoption	207
1. Die rechtliche Bedeutung der Adoption – Was passiert bei der Adoption?	207
2. Die Adoptiveltern – Wer kann ein Kind adoptieren?	208
3. Voraussetzungen der Adoption	209
a) Inhaltliche Anforderungen	209
b) Probepflege	209
c) Adoptionsantrag	210
d) „Freigabe“ des Kindes durch die Eltern	210
e) Einwilligung des Kindes	213
f) Einwilligung des Ehegatten	213
4. Die Aufhebung der Adoption	213
a) Fehler im Adoptionsverfahren	214
b) Gründe des Kindeswohles	215
II. Die Volljährigenadoption	215
1. Die rechtliche Bedeutung der Adoption – Was passiert bei der Adoption?	215
2. Voraussetzungen der Adoption	216
3. Die Aufhebung der Adoption	217
Kapitel 5: Eherecht	217
I. Verlöbnis	217
II. Eheschließung	217
1. Überblick	217
2. Formale Vorgaben für die Eheschließung	218
a) Obligatorische Zivilehe	218
b) Formale Anforderungen an den Ehekonsens	218
3. Ehefähigkeit	219

4. Eheverbote	220
a) Doppelehe	220
b) Verwandtenehe	220
5. Willensmängel	220
6. Ehe mit Ausländer*in	221
III. Eheführung	222
1. Die eheliche Lebensgemeinschaft	222
a) Pflicht zur ehelichen Lebensgemeinschaft	222
b) Die Bedeutung der ehelichen Lebensgemeinschaft	223
2. Der Ehegattenunterhalt	223
3. Der Ehename	224
4. Die Schlüsselgewalt	224
a) Übungsfall 15	224
b) Bedeutung	224
c) Voraussetzungen der Schlüsselgewalt	225
d) Lösungshinweise zum Übungsfall 15 (Rn 535)	227
5. Notvertretungsrecht in Gesundheitsangelegenheiten	227
IV. Eheliches Güterrecht	228
1. Überblick über die Güterstände	228
2. Die Zugewinngemeinschaft	229
a) Wirkungen der Zugewinngemeinschaft während der Ehe	229
b) Wirkungen der Zugewinngemeinschaft nach Eheauflösung	230
3. Vertragliche Güterstände	230
V. Trennung	231
1. Begriff	231
2. Bedeutung	232
VI. Scheidung	232
1. Begriff und Bedeutung	232
2. Scheidungsvoraussetzungen	232
a) Scheidungsgrund	232
b) Trennungsfristen	233
c) Scheidungshindernis: Die Härteklausel	234
3. Scheidungsfolgen	234
a) Zugewinnausgleich	234
b) Versorgungsausgleich	235
c) Ehewohnung und Hausrat	235
d) Ehename	236
e) Unterhaltsansprüche	236
4. Scheidungs(-folgen)vereinbarungen	237
VII. Die nichteheliche Lebensgemeinschaft	237
Kapitel 6: Unterhaltsrecht	238
I. Die Struktur eines Unterhaltsanspruchs	238
1. Überblick	238
2. Anspruchsgrundlagen – Die „Unterhaltsgründe“	239
3. Unterhaltsbedarf – Was braucht der Bedürftige?	239
4. Bedürftigkeit des Unterhaltsgläubigers – Braucht er Unterhalt?	240
5. Leistungsfähigkeit des Unterhaltsschuldners – Kann der andere überhaupt zahlen?	241
6. Beschränkung des Unterhalts – Der bekommt kein Geld von mir!	243
7. Hilfsansprüche – Erst einmal informieren!	243

8. Unterhalt für die Vergangenheit und Unterhaltsvereinbarungen	244
II. Verwandtenunterhalt	245
1. Anspruchsgrundlage für den Verwandtenunterhalt	245
2. Unterhaltsbedarf	245
a) Umfang und Inhalt des Unterhaltsanspruchs	245
b) Die Bezifferung des Barunterhalts	246
3. Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten	247
4. Leistungsfähigkeit des Unterhaltsverpflichteten	248
5. Beschränkung des Unterhaltsanspruchs	248
6. Sonstige Besonderheiten	249
a) Geltendmachung des Unterhalts	249
b) Rückwirkende Geltendmachung	249
c) Vertretung des Kindes	250
7. Exkurs: Die Rolle der Kinder- und Jugendhilfe	250
III. Ehegattenunterhalt während „intakter“ Ehe	251
1. Anspruchsgrundlage für den Ehegattenunterhalt	251
2. Unterhaltsbedarf	252
3. Erfüllung des Unterhaltsanspruchs	252
IV. Trennungsunterhalt	253
1. Anspruchsgrundlage für den Trennungsunterhalt	253
2. Unterhaltsbedarf	253
3. Bedürftigkeit des Unterhaltsberechtigten	254
4. Leistungsfähigkeit des Unterhaltsverpflichteten	255
5. Beschränkung des Unterhaltsanspruchs	255
V. Nachehelicher Unterhalt	255
1. Anspruchsgrundlagen für den nachehelichen Unterhalt	255
a) Grundsatz der Eigenverantwortung	255
b) Unterhalt wegen Unzumutbarkeit einer Erwerbstätigkeit	256
c) Unterhalt trotz zumutbarer Erwerbstätigkeit	259
2. Unterhaltsbedarf, Bedürftigkeit und Leistungsfähigkeit	260
3. Beschränkung des Unterhaltsanspruchs	262
4. Herabsetzung/zeitliche Begrenzung des Unterhalts	263
5. Besonderheiten	265
6. Unterhaltsvereinbarungen	265
VI. Unterhalt zwischen nicht miteinander verheirateten Eltern	266
1. Anspruchsgrundlagen	266
2. Unterhaltsbedarf, Bedürftigkeit und Leistungsfähigkeit	266
Kapitel 7: Betreuungsrecht	267
I. Einführung – Was soll eine Betreuung?	267
II. Die Bestellung eines Betreuers – Wie es zu einer Betreuung kommt...	267
1. Voraussetzungen der Betreuerbestellung – Wer einen Betreuer bekommen kann...	267
a) Alterserfordernis	268
b) Medizinische Indikation	268
c) Unterstützungsbedürftigkeit und Unterstützungsbedarf	268
d) Kausalität zwischen Erkrankung/Behinderung und Betreuungsbedürftigkeit	269
e) Erforderlichkeit einer Betreuung	270
2. Zwangsbetreuung - ... auch wenn der Betroffene das vielleicht anders sieht...	271

3.	Der Umfang der Betreuung – Was und wie viel Betreuung...	272
4.	Die Person des Betreuers	272
	a) Mögliche Betreuer – Wer und wie viele?	272
	b) Kriterien für die Auswahl des Betreuers	274
III.	Die Rechtswirkungen der Betreuung	276
1.	Die Rechtsstellung des Betreuers - Was der Betreuer darf	276
	a) Rechtliche Befugnisse des Betreuers im Außenverhältnis	276
	b) Rechtliche Befugnisse des Betreuers im Innenverhältnis	277
	c) Durchsetzung von Entscheidungen gegenüber dem Betreuten	279
2.	Folgen für den Betroffenen - ... was das für den Betroffenen bedeutet...	279
3.	Veränderungen	280
4.	Der Schutz vor dem Betreuer - ... und wer darüber wacht	281
	a) Aufsicht über den Betreuer	281
	b) Genehmigung des Betreuerhandelns	282
	c) Prüfung der Notwendigkeit der Betreuung	282
IV.	Besondere Bereiche und Konstellationen	282
1.	Die Notwendigkeit der Koordination zweier Handlungsbefugnisse – Der Einwilligungsvorbehalt	282
2.	Gesundheitsbezogene Maßnahmen	284
	a) Übungsfall 16	284
	b) Zulässigkeit gesundheitsbezogener Maßnahmen	284
	c) Ärztliche Zwangsmaßnahmen	287
	d) Sterilisation	289
	e) Lösungshinweise zum Übungsfall 16 (Rn 683)	289
3.	Aufenthalt und Wohnungsangelegenheiten	290
4.	Freiheitsentziehende und -beschränkende Maßnahmen	291
	a) Überblick	291
	b) Die freiheitsentziehende Unterbringung	292
	c) Sonstige freiheitsentziehende Maßnahmen in einer Einrichtung	295
	d) Exkurs: Die öffentlich-rechtliche Unterbringung	296
5.	Vermögensangelegenheiten	298
	a) Besondere Pflichten	298
	b) Besondere Schutzmechanismen	299
	c) Befreite Betreuung	299
V.	Verfahren zur Anordnung der Betreuung	300
1.	Die Durchführung des Verfahrens	300
	a) Verfahrensordnung	300
	b) Einleitung des Verfahrens	300
	c) Verfahrensmaximen	300
	d) Die Entscheidung	301
	e) Vorläufige Regelungen	302
2.	Besonderheiten für Unterbringungssachen	302
3.	Rechtsmittel	303
	Stichwortverzeichnis	305

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AdVermiG	Adoptionsvermittlungsgesetz
AktG	Aktiengesetz
Art.	Artikel
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
AsylG	Asylgesetz
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BAG	Bundesarbeitsgericht
Bay	Bayern, bayrisch
Bbg	Brandenburg, brandenburgisch
BeckOK	Beck'scher Online Kommentar
BeckRS	Beck Rechtsprechung
BeurkG	Beurkundungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BNotO	Bundesnotarordnung
Brem	Bremen, bremisch
BSG	Bundessozialgericht
BT-Dr	Bundestags-Drucksache
BtoG	Betreuungsorganisationsgesetz
BtPrax	Betreuungsrechtliche Praxis
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BW	Baden-Württemberg, baden-württembergisch
BWahlG	Bundeswahlgesetz
DIJuF	Deutsches Institut für Jugend und Familie
EGBGB	Einführungsgesetz zum BGB
EU	Europäische Union
ESchG	Embryonenschutzgesetz
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
G	Gesetz
gem	gemäß
GewSchG	Gewaltschutzgesetz
GG	Grundgesetz
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
Hbg	Hamburg, hamburgisch
Hess	Hessen, hessisch
HGB	Handelsgesetzbuch
hM	herrschende Meinung

Hrsg	Herausgeber
iS	im Sinne
InfAuslR	Informationsbriefe Ausländerrecht
JAMt	Das Jugendamt
JGG	Jugendgerichtsgesetz
KG	Kammergericht Berlin
MV	Mecklenburg-Vorpommern, mecklenburg-vorpommersch
LG	Landgericht
Nds	Niedersachsen, niedersächsisch
nF	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report
NRW	Nordrhein-Westfalen, nordrhein-westfälisch
oa	oben aufgeführt
oÄ	oder Ähnliches
og	oben genannt
OLG	Oberlandesgericht
PfIVG	Pflichtversicherungsgesetz
PStG	Personenstandsgesetz
PsychHG	Psychisch-Hilfe-Gesetz
PsychKHG	Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz
PsychKG	Psychisch-Kranken-Gesetz
RhPf	Rheinland-Pfalz, rheinland-pfälzisch
RKEG	Gesetz über die religiöse Kindererziehung
Rn	Randnummer
RPfIG	Rechtspflegergesetz
Sachs-Anh	Sachsen-Anhalt, sachsen-anhaltinisch
SaRegG	Samenspenderregistergesetz
Saarl	Saarland, saarländisch
SchKG	Schwangerschaftskonfliktgesetz
SGB	Sozialgesetzbuch
SH	Schleswig-Holstein, schleswig-holsteinisch
sog	sogenannte
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
str	streitig
StVG	Straßenverkehrsgesetz
StVO	Straßenverkehrsordnung
Thür	Thüringen, thüringisch
TierSchG	Tierschutzgesetz
TPG	Transplantationsgesetz
ua	unter anderem
uÄ	und Ähnliches
UBG	Unterbringungsgesetz
uU	unter Umständen

UVG	Unterhaltsvorschussgesetz
VBVG	Gesetz über die Vergütung von Vormündern und Betreuern
VersAusglG	Versorgungsausgleichsgesetz
VVG	Versicherungsvertragsgesetz
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZPO	Zivilprozessordnung
zT	zum Teil

Literaturempfehlungen

Rechtsübergreifende Darstellungen

- Falterbaum, Johannes*: Rechtliche Grundlagen Sozialer Arbeit. Eine praxisorientierte Einführung, 5. Aufl., Stuttgart 2020
- Kievel, Winfried/Knösel, Peter/Marx, Ansgar, Sauer/Jürgen*: Recht für Soziale Berufe. Basiswissen kompakt, 8. Aufl., München 2018
- Stock, Christof/Schermaier-Stöckl, Barbara/Kloman, Verena/Vitra, Anika*: Soziale Arbeit und Recht. Lehrbuch, 2. Aufl., Baden-Baden 2020

Familienrecht

- Fröschle, Tobias*: Familienrecht, 4. Aufl., Stuttgart 2019
- Fröschle, Tobias*: Studienbuch Vormundschafts- und Pflegschaftsrecht, Köln 2012
- Gürbüz, Sabahat*: Familien- und Kindschaftsrecht für die Soziale Arbeit, 2. Aufl. München 2020
- Marx, Ansgar*: Familienrecht für soziale Berufe. Ein Leitfaden mit Fällen, Mustern und Übersichten, 2. Aufl., Köln 2018
- Münder, Johannes/Ernst, Rüdiger/Behlert, Wolfgang/Tammen, Britta*: Familienrecht für die Soziale Arbeit. Lehrbuch, 8. Aufl., Baden-Baden 2021
- Schleicher, Hans*: Jugend- und Familienrecht, 15. Aufl., München 2020
- Schwab, Dieter*: Familienrecht, 29. Aufl., München 2021
- Wabnitz, Reinhard J.*: Grundkurs Familienrecht für die Soziale Arbeit, 5. Aufl., Stuttgart 2019

Betreuungsrecht

- Fröschle, Tobias*: Studienbuch Betreuungsrecht, 4. Aufl., Köln 2019
- Jürgens, Andreas/Lesting, Wolfgang /Loer, Annette /Marschner, Rolf*: Betreuungsrecht kompakt, 8. Aufl., München 2016
- Thar, Jürgen/Raak, Wolfgang*: Leitfaden Betreuungsrecht, 7. Aufl., Köln 2018
- Zimmermann, Walter*: Ratgeber Betreuungsrecht, 11. Aufl., München 2020

Kommentare und Handbücher

- Damrau, Jürgen/Zimmermann, Walter*: Betreuungsrecht. Kommentar zum formellen und materiellen Recht, 5. Aufl., Stuttgart 2022
- Grüneberg, Christian uA*: Bürgerliches Gesetzbuch, 81. Aufl., München 2022
- Hau, Wolfgang/Poseck, Roman (Hrsg)*: Beck'scher Online-Kommentar zum BGB, 59. Ed. Stand: 2.8.2021
- Kaiser, Dagmar/Schnitzler, Klaus uA (Hrsg)*: NomosKommentar, BGB. Familienrecht Band 4, 4. Aufl., Baden-Baden 2021
- Jox, Rolf/Fröschle, Tobias (Hrsg)*: Praxiskommentar Betreuungs- und Unterbringungsverfahren, 4. Aufl., Köln 2020
- Jürgens, Andreas (Hrsg)*: Betreuungsrecht. Kommentar, 6. Aufl., München 2019
- Kemper, Rainer/Schreiber, Klaus (Hrsg)*: Familienverfahrensrecht. Handkommentar, 3. Aufl., Baden-Baden 2015
- Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch. Band 8 Familienrecht I, §§ 1297-1588, Versorgungsausgleichsgesetz, Gewaltschutzgesetz, Lebenspartnerschaftsgesetz, 8. Aufl., München 2020
- Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch. Band 9 Familienrecht II, §§ 1589-1921, SGB VIII, 8. Aufl., München 2020
- Scholz, Harald/Kleffmann, Norbert/Motzer, Stefan*: Praxishandbuch Familienrecht, 40. Aufl., München 2021
- Schulze, Reiner/Dörner, Heinrich/Ebert uA*: BGB Bürgerliches Gesetzbuch. Handkommentar, 11. Aufl., Baden-Baden 2021
- Völker, Mallory/Clausius, Monika*: Sorge- und Umgangsrecht. Handbuch für die familienrechtliche Praxis. Rechtsgrundlagen, Erläuterungen, Muster. 8. Aufl., Baden-Baden 2021

Teil I: Allgemeine Grundlagen

Kapitel 1: Recht und Rechte

I. Ein paar Grundbegriffe des Rechts – Worüber wir hier reden...

Menschliches Miteinander ist konfliktanfällig: Der Mensch lebt nicht allein auf einer Insel, sondern in einem Sozialverband. Zwangsläufig treffen unterschiedliche Vorstellungen über die Verwirklichung ihrer Leben und des Miteinander aufeinander. Um diese in Einklang zu bringen, bedarf es Spielregeln für das Zusammenleben, sog Verhaltensnormen. So entsteht ein Regelungsgeflecht, das das Verhalten in jedem Sozialverband ordnet: Die Sozialordnung. Die Verhaltensnormen sind unterschiedlicher Herkunft: Sie können auf Tradition oder Brauchtum beruhen, als von der Natur vorgegeben angesehen oder verbindlich vorgeschrieben werden. Es wird dementsprechend unterschieden zwischen sozialen Verhaltensnormen und rechtlichen Normen.

Soziale Normen sind gesellschaftlich geforderte, ungeschriebene Regeln. Sie werden im Regelfall freiwillig befolgt. Ihre Verletzung zieht uU informelle – zT sehr einschneidende – soziale Sanktionen nach sich. Soziale Normen werden daher subjektiv durchaus als verpflichtend erlebt. Jedoch ist ihre Einhaltung nicht mit formellen Mitteln erzwingbar.

Beispiele: Nicht hinter dem Rücken über Kollegen tratschen; Regeln der Höflichkeit; Ehrlichkeit.

Auch das Recht ist Teil dieser Sozialordnung. Als **Recht** werden die von der zuständigen Instanz gesetzten verbindlichen Regeln zur Ordnung des menschlichen Zusammenlebens bezeichnet. Andere Bezeichnungen sind: Rechtsnormen, Rechtssätze, Rechtsregeln. Genau wie andere soziale Regeln, soll auch das Recht die Verhältnisse zwischen den Menschen untereinander, aber auch zwischen Staat und Mensch ordnen (Ordnungsfunktion). Im Unterschied zu sozialen Normen ist Recht jedoch unbedingt verbindlich. Ihm kommt „Zwangskarakter“ zu: Die Verletzung von Rechtsregeln kann nicht nur mit formalen rechtlichen Sanktionen geahndet werden. Ihre Einhaltung ist zudem erzwingbar durch besondere Instanzen: Die Gerichte.

Beispiel: Ansprüche aus einem Kaufvertrag sind gerichtlich einklagbar und in einem staatlichen Vollstreckungsverfahren durchsetzbar.

Das (objektiv) vorhandene Recht beinhaltet die Summe der für jedermann geltenden Rechtsnormen, die Gesetze in ihrer Gesamtheit, das geschriebene Recht sowie das Gewohnheitsrecht. **Objektives Recht** ist damit ein Synonym für „Recht“ oder „Gesetz“ oder „Norm“. Jedes Recht ist zugleich immer auch objektives Recht.

Für den Einzelnen ist allerdings weniger die bloße Existenz des (objektiven) Rechts interessant, als vielmehr die Frage, was das Recht ihm für Möglichkeiten gibt: Ob das Recht ihm persönlich auch ein Recht gibt, das er einfordern kann. Ist dies der Fall, so spricht man von einem (auch) **subjektiven Recht** oder Anspruch.

Erst das subjektive Recht verleiht dem Einzelnen die Macht, die (objektivrechtliche) Regelung der Norm gegenüber einem Dritten durchzusetzen. Handelt es sich hingegen um eine lediglich objektiv-rechtliche Norm, folgt aus ihr kein einklagbares sub-